

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

23
-
03

23
-
11 03

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Herrn Buchhorn
sowie
den Vorsitzenden des Stadtbezirkes I, Herrn Gintrowski

[REDACTED]
stellt hiermit folgenden Bürgerantrag zur Vorlage 0146/2009/Neubesetzung
Projektbeirat:

- Die Vorlage wird abgelehnt, weil sie die Integration der Bürger und Vereine in das Projekt SOZIALE STADT RHEINDORF noch mehr den Weg verstellt und einfach als kontraproduktiv zu bezeichnen ist.
Siehe hierzu auch unseren ausführlichen Brief an den Oberbürgermeister, den wir beilegen! Siehe hierzu auch unsere Aktivitäten im Rahmen der SOZIALEN STADT, die sehr erfolgreich sind!
- Die Bürger-Arbeitskreise bleiben wie bisher die Gremien in die die Anträge zu Aktivitäten der SOZIALEN STADT eingebracht, vorberaten und an den Beirat, die Bezirksvertretung I und den Rat zur endgültigen Entscheidung weitergegeben werden.
- Der Beirat des Projektes SOZIALE STADT Rheindorf wird nach dem jeweils letzten Kommunalwahlergebnis besetzt, um sicher zu stellen, dass hier Leute die Rheindorfer Probleme diskutieren, die das Votum der Rheindorfer haben, und der Beirat nicht weitestgehend aus - zumeist auswärtigen - Vertretern von Kirchen, kirchennahen Organisationen, Schulen, Kitas, etc. besteht und von der Stadtverwaltung geleitet werden.
- Der Rat der Stadt stellt bei den Haushaltsplanberatungen die Eigenmittel bereit, die notwendig sind, die zusätzliche finanzielle Förderung von 5 Euro pro Rheindorfer Einwohner durch das Land NRW nach den Förderrichtlinien zur Stadterneuerung des Landes zu gewährleisten und entwickelt für die Vergabe dieser Mittel bis zur nächsten Sitzung des Bezirkes I ein Modell, dass obige Punkte sicherstellt.

Begründung:

Das Projekt SOZIALE STADT RHEINDORF kann nur dann gelingen, wenn es die Rheindorfer Bevölkerung aktiv einbezieht, denn die Rheindorfer sollen nach der Vorgabe des vom Rat beschlossenen Handlungskonzeptes nicht nur Ziel, sondern auch Motor des Projektes sein.

Dann kann es aber nicht sein, dass wir Rheindorfer als engagierte Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr aus dem Projekt hinausgedrängt werden und nun Institutionen in den Vordergrund rücken, die seit Jahren in Rheindorf arbeiten, denen es aber nicht gelungen ist, das zunehmende Abgleiten Rheindorfs in eine SOZIALE STADT zu verhindern, und die zu ihrer normalen Arbeit zurückkehren werden, aus finanziellen Gründen zurückkehren müssen, wenn es keine zusätzlichen Mittel mehr zu verteilen gibt.

Im Auftrage der Vollversammlung:

1. OB z. 4 II

2. Der III für Beirat?

3. 012 - K6

23
11 09 K6

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Herrn Buchhorn

Sehr geehrter Herr Buchhorn,

Ihren Brief vom 19.11.2009 haben wir erhalten und auf unserer heutigen Versammlung der Aktionsgemeinschaft miteinander ausgiebig besprochen.

Augenscheinlich sind Sie weitgehend falsch informiert. Deswegen möchten wir unseren Wunsch nach einem Gespräch mit Ihnen wiederholen, auf den Sie leider bisher nicht geantwortet haben.

Wenn Sie das von Ihnen uns ebenfalls zugesandte Schreiben des Herrn Hohlweger betrachten, können Sie ablesen, wo das eigentliche Problem liegt. Dies haben wir in unserem ersten Brief Ihnen ja auch schon beschrieben.

In dem Brief von Herrn Hohlweger finden Sie ausschließlich Namen von Leuten, die Vertreter/Angestellte von Kirchen/kirchennahen Einrichtungen/Sozialverbänden/Schulen sind, und zumeist nicht einmal in Rheindorf oder gar in Leverkusen wohnen.

Diese haben darüber hinaus seit Beginn des Projektes nahezu alle noch nie oder bisher sehr, sehr selten an den vielen Sitzungen der sieben Bürger-Arbeitsgruppen des Projektes Soziale Stadt Rheindorf teilgenommen. Siehe die entsprechenden Anwesenheitslisten!

Herr Pfarrer Hohlweger hat sich nun so geäußert, dass auch er an den Arbeitsgruppen der Bürger nicht mehr teilnehmen wird, was er bisher aber auch schon ausgesprochen selten tat. Er will nun im neuen Beirat mitarbeiten. Die meisten der Unterzeichner des Schreibens von Herrn Hohlweger haben also ganz, ganz selten oder sogar noch nie an den Arbeitsgruppen der Bürger, die doch angeblich den Kern des Projektes bilden, teilgenommen, obwohl sie hierzu immer wieder eingeladen wurden.

Meist erschienen die Vertreter der Rheindorfer Institutionen bisher nur dann, wenn sie ein Anliegen auf Zuschüsse hatten. Und nur darum scheint es auch zu gehen. Auch Herr Hohlweger hatte immer eine Menge Wünsche und hat diese allzu oft an den Arbeitskreisen vorbei direkt an den Beirat und die Stadtverwaltung gesandt.

Dabei wurde zu Beginn des Projektes ausdrücklich festgelegt, dass alle Anträge zunächst die Arbeitskreise der Bürger durchlaufen sollen und erst dann von den Moderatoren der Arbeitskreise an den Beirat bzw. die Stadtverwaltung weitergereicht werden, sofern sie von den Bürger-Arbeitskreisen positiv bewertet wurden.

Herr Hohlweger störte sich aber wenig an diese Reihenfolge und versuchte mit seiner Gruppe immer wieder, seine Interessen zum Beispiel für die von ihm betreuten Schulen/OGATAS, deren Leiter deshalb verständlicherweise auch unter seinem Scheitern stehen, umzusetzen. Das stieß dadurch auf wachsenden Ärger bei den Arbeitskreisen und den engagierten normalen Bürgern und Vereinsvertretern, denn das Geld für Aktivitäten des Projektes ist mit 100.000 Euro für die Dauer von 5 Jahren leider äußerst knapp bemessen. Und da die Zusagen Ihrer beiden Dezenten Stein und Adomat zu weiteren freien, integrativen Fördermitteln falsch waren bzw. nicht einzulösen sind, muss ein Großteil unser aller Aktivitäten hiervon leben.

Und Schulen fallen nach Auskunft der Verwaltung zu den Förderrichtlinien dabei sogar aus der Förderung ausdrücklich heraus. Und diese Regelung jetzt mit Hilfe der Evangelischen Kirche oder Vereinen/OGATAS zu umdribbeln, erscheint uns auch hinterfragenswert.

Als Herr Hohlweger und seine kleine Gruppe dann auch noch massiv das große gemeinsame Stadtteilstadt in Frage stellten, nachdem er für seine eigenen abweichenden Vorstellungen wieder einmal keine Mehrheit in dem zuständigen Arbeitskreis fand, gab es weiteren unnötigen Ärger.

Zunächst beugte er sich scheinbar dem Mehrheitswillen, dann gründete er mit seiner kleinen Gruppe einen eigenen Verein und versucht seither noch massiver und unverblümt, sein eigenes Süppchen an den Bürger-Arbeitskreisen vorbei zu kochen.

Und hat in Ihrem Vorschlag, Herr Oberbürgermeister, mit seinem kleinen achtköpfigen Verein, der keine weiteren Mitglieder aufnehmen möchte, wie Herr Hohlweger selbst öffentlich auf Fragen sagte, auch noch Sitz und Stimme im Beirat, während unsere 42 Vereine mit tausenden Mitgliedern gerade einmal fünf Sitze erhalten sollen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben während des Wahlkampfes ja recht oft an unserem diesjährigen sehr erfolgreichen Stadtteilstadt teilgenommen und äußersten sich oft lobend über dieses Fest der Bürger und Vereine.

Herr Hohlweger hat sich diesem Fest verweigert, denn es ist ja augenscheinlich nicht sein Fest. Er möchte es an anderer Stelle und mit anderen Inhalten.

Was ihn aber nicht hinderte, auf dem Fest zu erscheinen und den Anschein zu erwecken, als hätten er und seine Leute sich aktiv an diesem Fest beteiligt.

Der kath. Pfarrer Beyer, der auch als Unterschrift im Hohlweger-Schreiben auftaucht, hat bisher nichts zum Projekt Soziale Stadt beigetragen, und will dies nach eigenem Bekunden auch nicht tun, weil er einfach überlastet ist.

Wir möchten die bisherige Konstruktion der Arbeitskreise der Rheindorfer Bürger und des Beirates beibehalten und hier als Rheindorfer unsere Vorstellungen entwickeln und erst dann diese Vorschläge in die Entscheidungsgremien geben.

Welche Funktion sollen denn die bisherigen Arbeitskreise der Rheindorfer haben, wenn nun ein neuer Beirat fast nur noch Funktionäre großer sozialer Einrichtungen, Schulleiter, Pfarrer, etc. umfasst und nun klar auch die Kernaufgaben der Bürger-Arbeitskreise übernehmen soll?

Die auf den beiden sehr gut besuchten Stadtteilversammlungen zum Projekt Soziale Stadt mit den Bürgern vereinbarte Vorgehensweise, die auch in dem beschlossenen und vom Land genehmigten Konzept nachzulesen ist, lautete:

Anträge und Ideen werden in die Arbeitskreise der Bürger unter der Leitung der von den Teilnehmern gewählten Moderatoren eingebracht, dort diskutiert und abgestimmt. Erhalten sie dort eine Mehrheit, dann werden sie weiterverfolgt und dem Beirat und der Verwaltung zur Bearbeitung übersandt.

Wollen Sie das alles in Frage stellen und die Bürger-Arbeitskreise, die sich gerade zu erholen scheinen, weil dank der nun endlich funktionierenden Einladungspraxis wieder mehr Bürger kommen, und die bereits wichtige Dinge auf den Weg brachten, und ihre Teilnehmer aus der Rheindorfer Bürgerschaft noch mehr vor den Kopf stoßen?

Denn in Ihrem Beirat werden dann mit großer Mehrheit Leute sitzen, die nicht in Rheindorf, ja oft nicht einmal in Leverkusen wohnen. Also Leute, die zum größten Teil höchstens über ihren Arbeitsplatz für einige Jahre mit Rheindorf verbunden sind. Das sind die Gleichen, die in den Arbeitskreisen dadurch auffielen, dass sie nie, selten oder nur aus eigenem Anlass wegen finanzieller Zuwendungen die Rheindorfer Bürger-Arbeitskreise besuchten. Und die dort deshalb für viel Verdruss und Unlust sorgten.

Die würden dann nicht nur im Beirat ihre eigenen Anträge stellen, sondern sie dazu dann auch noch selbst mit Mehrheit beschließen, und das unter dem Vorsitz von Herrn Stein, also der Stadtverwaltung. So wie die Sozialraum AG, die (in den Personen fast gleich) in oft wechselnder Zusammensetzung bereits seit Jahren tagt, von der aber kaum ein Rheindorfer Bürger weiß, dass es sie überhaupt gibt.

Wir Rheindorfer Bürger und Vereinsvertreter finden doch so bereits in dem Projekt Soziale Stadt kaum statt, weil viele Dinge von der Verwaltung und dem Rat bereits zu Beginn des Projektes unverrückbar festgelegt wurden. Das trägt doch ebenfalls deutlich dazu bei, dass sich viele unserer Bürger kaum oder gar nicht an dem Projekt beteiligen, weil die Mitsprache und Mitentscheidung recht gering ist.

Deshalb wollen wir zumindest unsere Arbeitskreise mit unseren selbst gewählten Vorsitzenden und das Recht behalten, unsere Anträge selbst zu stellen, zu diskutieren und abzustimmen. Und dann an die von uns selbst gewählten Vertreter im Beirat, Bezirk und Rat weiterreichen. Da brauchen wir keinen Beirat, in denen vorwiegend Nichtrheindorfer darüber befinden, was für uns Rheindorfer gut ist.

Angeblich sind wir Bürgerinnen und Bürger aus Rheindorf doch der Kern und das Ziel des Projektes. Wir Rheindorfer sollen doch zusammenfinden und unsere leider wachsenden örtlichen Probleme lösen sowie das Projekt auch nach dessen offiziellem Ende erfolgreich fortführen. Nachhaltigkeit ist doch hier das Schlüsselwort.

Da können uns gerne Institutionen wie Kirchen, Sozialeinrichtungen der Kirchen und der Stadt, Schulleitungen und so weiter bei helfen.

Aber wir sind die Bürger, um uns geht es, und es ist ganz sicher, dass es ohne uns nicht geht.

Um unsere aktive Mitwirkung und Mitbestimmung durchzusetzen, werden wir notfalls Stadteilkonferenzen einberufen, ein Bürgerbegehren gegen Ihre uns unverständliche und bürgerfeindliche Vorgehensweise anstrengen oder uns an das verantwortliche Ministerium wenden, möglicherweise auch alle drei Punkte.

Wir können uns schlecht vorstellen, dass dieser Ärger im Sinne des Projektes ist oder in Ihrem Sinne sein kann, und bitten Sie hiermit nochmals eindringlich um einen baldigen Gesprächstermin.

Und hier noch einige Bemerkungen zu den angeblich so schwerwiegenden Ärgernissen durch die örtlichen Politiker.

Es ist richtig, dass dieser politische Hickhack nervt. Aber nur hierdurch erfuhren wir auch viele Dinge, die für unsere Arbeit wichtig waren und sind.

Dabei wäre es aktuell zum Beispiel richtig, ja notwendig gewesen, wenn uns Ihre Verwaltung von den Vorlagen der Stadt zum neuen Jugendhaus und zum Bauspielplatz unterrichtet hätte. Da sie dies bisher nicht tat, sondern sich bisher sogar weigert, solche Vorlagen, deren Inhalte nach den Regeln der Sozialen Stadt ausdrücklich zu unseren Beteiligungsrechten und in die Bürger-Arbeitskreise gehören, mit der Einladung bzw. den Protokollen zu versenden, deutet dies ebenfalls darauf hin, dass Sie, Herr Buchhorn, die Mitarbeit der Rheindorfer Bevölkerung nicht wirklich wollen, oder, wie wir vermuten, falsch oder lückenhaft informiert sind.

Und es sind zudem unsere Rheindorfer Politiker, die Jahrzehnte in Rheindorf wohnen, und die wir Bürger in Rheindorf gewählt haben, und die gerade alle (Eckloff, Scholz und Schoofs) von den Rheindorfern wiedergewählt wurden.

Weitere Fehler Ihrer Stadtverwaltung haben die Atmosphäre sicherlich mehr vergiftet und mehr Bürgern das Mitmachen verleidet: oftmaliges Falsch- bzw. Nichtversenden der Einladungen zu den Arbeitskreisen (seit einem Vierteljahr/ Frau Küppers o. k.), weitgehender Ausfall der Stadtteilmanagerin, Fehlen von Fachleuten der Verwaltung in den Bürger-Arbeitskreisen insgesamt bzw. zu wesentlichen Tagesordnungspunkten, monatelanges und unbearbeitetes Liegenlassen von in den Arbeitskreisen mit großer Mehrheit, oft einstimmig verabschie-

deten Anträgen, und so weiter. Herr Hentges und Herr Markus zum Beispiel haben als Arbeitskreisleiter dies bereits mehrfach moniert.

Wir raten davon ab, nachdem die Hälfte des Projektes bereits vorbei ist, jetzt noch eine neue Organisation dieses Projektes zu beginnen und dabei uns Rheindorfer Bürger dadurch dann auch noch nahezu ganz aus diesem Projekt auszuschließen. Wir Rheindorfer haben hier nicht nur einen Arbeitsplatz, sondern wir leben hier mit unseren Familien in Rheindorf. Und an uns richtet sich doch alleine das Projekt und mit – und nur mit uns – kann die Integration unseres Stadtteils erfolgreich beginnen und auf Dauer fortgesetzt werden.

Denn wir leben auch dann noch hier, wenn das Projekt bereits zu Ende ist und das Engagement der Sozialverbände nachgelassen hat, da es keine Zuschüsse für ihre Aktivitäten mehr gibt. Und nur mit uns kann die Arbeit des Projektes nachhaltig fortgesetzt werden: hoffentlich erfolgreich!

Pfarrer und Schulleiter sind als Personen auch in Rheindorf nicht mehr das Maß aller Rheindorfer Dinge.

Das sind weitgehend die Bürgerinnen und Bürger unseres Stadtteils. Und die haben oft andere Prioritäten und Ansichten als diese vom Staat, den Verbänden bzw. den Kirchen entsandten Personen, die leider zudem zumeist auswärts wohnen und leben, also ihren Lebensmittelpunkt anderswo haben, und dadurch allzu oft nur für kurze Zeit in unserem Stadtteil wirken.

Abschließend noch einige Bemerkungen zu dem Hinweis der Verwaltung auf die begrüßenswerte Einrichtung eines Verfügungsfonds für Rheindorf durch den Rat unserer Stadt, und die dann erst mögliche Zuwendungsfähigkeit von 5 Euro als Fördermittel des Landes je Einwohner des Stadtteils.

Wenn der Regierungspräsident (RP) diese zusätzliche freiwillige Ausgabe der Stadt wider Erwarten genehmigen sollte, dann sollten hier umgehend die hierfür notwendigen Mittel in die Haushaltsplanberatungen der Stadt eingeführt, und gezeigt werden, wo hierfür die vorgesehenen Mittel an anderer Stelle des Haushaltes eingespart werden sollen, da dies unabweisbar für den RP die Grundvoraussetzung für eine Genehmigung ist, wie uns die Verwaltung ausdrücklich mitteilte.

Hier sollte darüber hinaus eine Vorlage gefertigt werden, die sicherstellt, dass die Entwicklung der Aktivitäten und die Vorschläge zur Vergabe der Mittel durch einen von den Bürgern unseres Stadtteils bestimmten Beirat erfolgt und nicht durch ein Gremium, das von der Verwaltung an den Rheindorfer Bürgern vorbei zusammengesetzt wird, und das auch noch unter dem Vorsitz der Verwaltung steht, so wie dies ihre Vorlage, Herr Buchhorn, vorsieht.

Herr Buchhorn, wir sind sauer und erwarten von Ihnen, dass Sie uns Rheindorfer Bürger und unsere Wünsche ernst nehmen.

Mit freundlichen Grüßen, _____